

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

19.12.1901 (No. 346)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 19. Dezember.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 346.

Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 7. Dezember d. J. gnädigst geruht, nach dem Vorschlage der XX. Plenarversammlung der badischen historischen Kommission den Hofrath Professor Dr. Alfred Dove in Freiburg als Vorstand dieser Kommission für die Amtsdauer von fünf Jahren zu bestätigen.

Vom Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts wurde unterm 30. November d. J. die Wahl des Dr. Friedrich Walter in Mannheim zum außerordentlichen Mitglied der badischen historischen Kommission bestätigt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Kaiser, Kanzler und Zolltarif.

Der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ wird aus Berlin geschrieben:

Der Versuch des sozialdemokratischen Abgeordneten Singer, ein im „Reichsanzeiger“ als erlogene bezeichnetes „Kaiserwort“ noch weiter gegen die Tarifvorlage der Verbündeten Regierungen auszuspielen, wird vereinzelt auch von den Gegnern des Entwurfs im bürgerlichen Lager aufgenommen. An sich ist ja diese gespannte Aufmerksamkeit, die der Radikalismus den Aeußerungen des Reichsoberhauptes widmet, erfreulich als eine wenn auch widerwillige Huldigung für die Machtstellung der Krone. Nur sollten die demokratischen Gerölde, die es für ihr Geschäft halten, laut und weit ins Land zu rufen, was sie als Meinung des Herrschers erkundet zu haben glauben, an der Thatsache nicht vorübersehen, daß das Dementi des „Reichsanzeigers“ auch ein Kaiserwort ist, an dem sich nicht drehen und drehen läßt. Gerade dieser Kundgebung kommt die Bedeutung zu, die man für die unter das Dementi fallenden angeblichen früheren Aeußerungen noch immer erkünsteln will. Politisch wiegt die Erklärung im „Reichsanzeiger“, über deren Herkunft Niemand im Zweifel sein kann, undergleichlich schwerer, als Alles, was man sich irgendwo erzählen mag. Dazu kommt als positives Moment, daß, wie Graf v. Bülow bei der Einführung der Tarifvorlage im Reichstage erklärt hat, der Entwurf mit Genehmigung der höchsten Stelle den Verathungen des Bundesraths zu Grunde gelegt worden ist. Die Vorlage der Verbündeten Regierungen billigt auch der Kaiser als Reichsoberhaupt, wie als Landesfürst. Hieran können die zur Reform unserer Zollpolitik auf dem Boden des Entwurfs willigen Parteien zuverlässlich festhalten, unbekümmert um das, was auf gegnerischer Seite fabulirt wird. Der Inhalt der Regierungsvorlage beweist auch zur Genüge, daß der Reichskanzler durchaus nicht der von der demokratischen Presse erkundene weiche Opportunist ist, der das Brett bohrt, wo es am dünnsten ist. Bequemer nach Innen wie nach Außen wäre ja unstreitig eine Politik, die, wenn nicht in der Absicht, doch dem Erfolg nach, darauf hinausläuft, zum Schaden unseres Nähr- und Wehrlandes das Ausland im möglichst ungeführten Weitergenuß der Vortheile aus den Caprivischen Verträgen zu belassen. Das würde ganz der opportunistischen Weichheit eines international gerichteten Liberalismus entsprechen, aber weder Kaiser, noch Kanzler, weder Bundesrath noch Reichstag werden dafür zu haben sein.

Zur süddeutschen Eisenbahngemeinschaft.

— Stuttgart, 18. Dezember.

Die morgen, 19. Dez. hier zusammentretende Eisenbahnkonferenz hat, wie bekannt, vornehmlich die Bestimmung, über ein gemeinsames Vorgehen in der Reform der Personentariife eine Verständigung der süddeutschen Bahnverwaltungen (einschließlich dem Reichslande) herbeizuführen. Die letzte Konferenz in dieser Angelegenheit hat am 27. April 1899 in Karlsruhe stattgefunden; eine Einigung kam damals nicht zu Stande und ist auch nicht in den später noch fortgesetzten schriftlichen Verhandlungen zwischen den vier Eisenbahnverwaltungen erzielt worden. Die Verhandlungen gerietten ins Stocken und im Mai d. J. mußte der neue württembergische Verkehrsminister der Kammer mittheilen, daß auf erneute Anfragen wegen einer Wiederaufnahme der Verhandlungen von allen Seiten abschlägige Antworten eingelaufen

seien. Wie sich aus späteren Interpretationen ergab, hatten die beteiligten Eisenbahnverwaltungen nicht sowohl ihre Geneigtheit zu einer Verständigung über die Personentariifreform zurückgenommen, als vielmehr wegen der inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Depression erneute Verhandlungen vorläufig für aussichtslos erklärt. Die Fühlung in der Sache unter den süddeutschen Verwaltungen war nicht aufgegeben. Im Sommer d. J. kam dann überraschend die Einführung der 45tägigen Gültigkeit der Rückfahrkarten in Preußen, welcher die süddeutschen Verwaltungen sich anzuschließen genöthigt waren. Man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß diese Maßnahme vor allem die Verhandlungen unter den süddeutschen Verwaltungen wieder in Fluß gebracht hat. Die süddeutschen Bahnverwaltungen hatten nicht, wie die preussische, mit Einführung der 45tägigen Rückfahrkarte alle anderen Vergünstigungen und Ausnahmetariife in Wegfall kommen lassen, es war für sie also mit dieser Maßnahme keine Vereinfachung des Tarifwesens verbunden, vielmehr ein neues, in mancher Hinsicht unbefriedigendes und irrationelles Glied in die Vielgestaltigkeit der bestehenden Tarifbestimmungen eingeführt. Wenn jetzt die süddeutschen Verwaltungen auf's neue kommissare zu mündlichen Verhandlungen zusammentreten lassen, so wird dabei gerade die Vereinfachung des Personentariifwesens ein Hauptpunkt im Programm sein.

Was die Verbilligung betrifft, so ist für alle vier süddeutschen Verwaltungen durch die Ausdehnung der Geltungsdauer der Rückfahrkarte der Satz von 2,65 Pf. in III. Klasse (Hälfte des Preises der Rückfahrkarte) so ziemlich das Normale geworden und hat den eigentlichen Normaltarif von 3,4 Pf. aus dem Gebiete der praktischen Anwendung nahezu verdrängt. Ihn vollends durchweg in Geltung zu setzen und dann die Rückfahrkarte aufzuheben, wäre nur ein kleiner Schritt. Eine weitergehende Verbilligung stand auf der Karlsruher Konferenz von 1899 zur Verhandlung, und zwar anfangs der Satz von 2,5 Pf., dann als württembergischer Vermittlungsvorschlag 2,3 Pf. Baden hatte nämlich für den Fall, daß es sein Kilometerbest aufgeben müßte, einen Satz von 2 Pf. in's Auge gefaßt. Diesen Satz von 2 Pf. für die III. Klasse, und zwar für alle Fälle, hat nun inzwischen die württembergische Tarifkommission in ihrem im November d. J. erschienenen Bericht zu ihrer einstimmigen Forderung erhoben. Sie geht davon aus, daß die große Masse der Bevölkerung in Norddeutschland durch die IV. Klasse den Satz von 2 Pf. bereits genieße und daß die süddeutsche Bevölkerung nicht schlechter gestellt sein sollte. Zudem die Kommission aber denselben Satz in Süden für die III. Klasse verlangt, gibt sie ihm eine bedeutend größere Ausdehnung, und zwar ohne die Kompensationen, die im Norden durch den höheren Preis der III. und II. Klasse, sowie durch die größere Billigkeit der Betriebsmittel und des Betriebs bei der IV. Klasse gegeben sind. Im Gegentheil schlägt sie auch für die II. (und I. Klasse) eine allgemeine Ermäßigung vor (auf 4 Pf.). Daß auf dieser Grundlage auf der Stuttgarter Konferenz verhandelt werden wird, ist unwahrscheinlich, noch unwahrscheinlicher, daß auf ihre eine Verständigung zu erzielen wäre. Nicht zu verkennen ist, daß einer Verständigung überhaupt die jetzige wirtschaftliche Depression, die sich in den Eisenbahnetats so wie so schon höchst ungünstig geltend macht, erhöhte Schwierigkeiten entgegenstellt. Wenn sich trotzdem die Eisenbahnverwaltungen gerade jetzt zu einer neuen Konferenz entschlossen haben, so mag dabei einmal die Erwartung mitbestimmend gewesen sein, daß wenn je nicht in der Hauptfrage, der Tarifverbilligung, so in anderen, auch wichtigen Fragen, die gleichfalls die Konferenz beschäftigen werden, eine nützliche Uebereinstimmung sich könnte gewinnen lassen. Sodann aber ist vielleicht auch der Gedanke nicht ausgeschlossen, der da und dort schon angedeutet worden ist, daß man nämlich jetzt sich über die Grundzüge der Tarifverbilligung einigt, ihre Einführung aber hinauschiebt, bis eine Verringerung des Wirtschaftslebens das jetzt zu bedenkliche Risiko vermindert. Man hätte dann für den geeigneten Zeitpunkt alles schon parat.

Parlamentarisches aus Bayern.

V München, 17. Dezember.

Die Kammer der Reichsräthe erledigte am Samstag den Militäretat und besprach dabei die Theilnahme Bayerns an der Chinaexpedition, bezw. die Maßnahmen der bayri-

(Mit zwei Beilagen.)

sehen Regierung hierzu in einer Weise, welche einen äußerst wohlthunenden Gegensatz zu der Behandlung der gleichen Materie durch die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten bildete. Referent Reichsrath v. Fries stellte sich völlig auf den Standpunkt der Regierung, daß sie keineswegs der Indemnität bedürfe und sprach ihr die Anerkennung und den Dank des Hauses aus, das sich von den Sigen erhoben hatte. In wärmsten Worten schloß sich Reichsrath v. Würzburg diesen Ausführungen an und gab dabei besonders der Freude über das Lob Ausdruck, welches der Höchstkommandirende speziell den aus Bayern stammenden Theilnehmern an der Chinaexpedition spendet hat. Kriegsminister Febr. v. A. sch dankte namens der Armee und konstatarie hierbei ebenfalls mit großer Befriedigung, daß die Meldungen von Freiwilligen den Bedarf weit überstiegen und daß den Bayern in jeder Beziehung das Lob guter Haltung zu Theil wurde.

Aus der weiteren Verathung ist besonders die Stellungnahme der Reichsräthe zu dem von der Zweiten Kammer gegen nur wenige liberale Stimmen angenommenen Antrag bezüglich der Offizierspensionierungen hervorzuheben. Dieser Antrag verlangte, daß Offiziere nur aus dienstlichen Gründen pensionirt werden und vor allem keine Pensionierungen von Offizieren eintreten sollen, die aus dienstlichen Gründen nicht vorrücken können, aber in ihrer bisherigen Stellung ersprießlich wirken. In dem ersten Theile dieses Petitions liegt eine schwere Beschuldigung gegen die Kriegsverwaltung und es ist tief zu bedauern, daß allerlei unbewiesener und unbeweisbarer Klatsch so großen Glauben gefunden hat, um einen solchen Vorwurf zu formuliren. Der zweite Theil des Antrags aber verlangt etwas ganz Unmögliches. Bei der Beförderung übergangene Offiziere können im Interesse der Disziplin und nicht zum mindesten in ihrem eigenen nicht mehr in ihrem bisherigen Kommando verbleiben. Man sollte meinen, daß Jeder, der in Reich und Glied gestanden und Gelegenheit zur Beobachtung gehabt hat, diese Erfahrung rückhaltlos bestätigen müßte. Wie in der Zweiten Kammer erklärte der Kriegsminister, daß die Erfüllung des Antrags notwendig die Minderwertigkeit des bayrischen Offizierscorps gegenüber jenen der andern deutschen Kontingente nach sich ziehen müßte und verwies auf die im Jahre 1897 erfolgte Ablehnung eines gleichen Antrags im Reichstage. Außer dem Referenten, der sich in entschiedenster Weise gegen den Beschluß der Zweiten Kammer aussprach, nahm hierzu kein weiterer Redner das Wort. Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung. Leider gehört aber der Antrag in seinem zweiten Theile zum eisernen Bestande der Kammer der Abgeordneten und so wird er auch immer wiederkehren. Aber auch die Antwort vom Ministerische wird stets dieselbe bleiben, zum Besten der Armee und des Landes.

Das Haager Schiedsgericht und der Krieg in Südafrika.

In der gestrigen Sitzung der Belgischen Repräsentantenkammer gab der frühere Ministerpräsident Bernaert, der dem Haager Schiedsgericht als ständiges Mitglied angehört, folgende Erklärung ab:

Der schreckliche Krieg in Südafrika erweckt überall auf's richtige Theilnahme. Wir haben das Glück gehabt, seit dreiviertel Jahrhundert die Greuel des Krieges nicht empfinden zu müssen. Die südafrikanischen Grausamkeiten haben in Herrn Vanderwelder einen bereiten Schilderung gefunden. Ich glaube aber, daß wir dem von ihm vorgeschlagenen Vorschlag, den Wunsch auszudrücken, daß die englische Regierung Maßregeln ergreife, um die Sterblichkeit in den Lagern zu vermindern, nicht zustimmen können. Selbst die Großmächte haben sich einer Einmischung enthalten. Ich möchte hier hauptsächlich den Antheil der Haager Konferenz an dieser Sache beleuchten. Wenn die beiden südafrikanischen Republiken es sich besser überlegt hätten, so würden sie nicht darauf bestanden haben, auf der Haager Konferenz vertreten zu sein, da sie doch wissen mußten, daß sie nicht zugelassen würden. Das Schiedsgericht wird von der Haager Konferenz nicht aufgenötigt, sondern jede Macht behält ihre Selbstständigkeit. Die vier Neuerungen der Konferenz waren: 1. Die Feststellung der Grundsätze, daß den Versuch gute Dienste anzubieten, nicht als eine unfreundliche Haltung betrachtet werden kann. Dieser Grundsatz war im Völkerrechte neu. 2. Die Regelung der Ausübung des Schiedsgerichts. 3. Die Aufstellung einer Liste von Schiedsrichtern; jede Macht bezeichnet deren vier. 4. Die Einrichtung eines ständigen Bureaus. Die südafrikanischen Republiken konnten diesen Verwaltungsorganismus aber nicht anrufen, da sie an der Konferenz nicht theilgenommen hatten, leider nicht wie ich persönlich meine. Die Haager Umachung ist nur für die Staaten verbindlich, die im Haag vertreten waren. Artikel 60 besagt ausdrücklich, daß es der Einwilligung aller

Parteien bedarf, damit andere Staaten eingreifen können. Das ist eine bedauerliche Einschränkung und das ständige internationale parlamentarische Friedensamt hat auch gewünscht, daß dies geändert werde. Dazu bedarf es aber eines neuen Vertrags. Nun soll das aber nicht bedeuten, daß die Menschlichkeit außer den formellen Bestimmungen der Haager Abmachungen keine Pflichten mehr hat. Man wolle vor allem die Gärten des Krieges möglichst einschränken, wie das auch die Einleitung des Vertrages besagt. Im Haag wehte ein Friedenshauch und an gutem Willen fehlte es nicht. Was hat aber diese großmüthige Bewegung genutzt? Wir haben den cubanischen Krieg, den auf den Philippinen und den in China gehabt. An letzterem haben alle Großmächte theilgenommen, und die Haager Konferenz wäre auf ihn doch anwendbar gewesen, da ja auch China die Abmachung unterzeichnet hatte. Gaben wir aber nicht gesehen, daß Generale in China Befehle erlassen haben, die allem zuwider waren, was im Haag beschlossen worden war? Das war für mich eine große Enttäuschung. Unser Jahrhundert ist leider nur in Worten sehr fortschrittlich, in Thaten wenig. (Beifall.) Niemals wurde das Völkerrecht mehr mißachtet, und noch immer gilt der Satz: „Gewalt geht vor Recht“. (Erneuter Beifall.) Was können aber wir, das arme Belgien dagegen thun? Es ist wohl sicher, daß in den Konzentrationslagern keine Belagier sind, wohl aber Holländer. Eine niederländische Ambulanz ist sogar eine Insel gebracht worden. Wir haben aber an der Sache kein direktes persönliches Interesse, in England würde man eine Einmischung unersetzlich als unfreundliche Haltung ansehen. In der holländischen Kammer hat der Abg. Van Nal sich wohl geschützt, England zu tadeln. Er hat sich darauf beschränkt, zu beantragen, daß man den Frauen und Kindern der Konzentrationslager, falls sie es wünschten, gestattet sollte, nach Europa zu reisen. Das hätte aber große Ausgaben verursacht, und die holländische Regierung antwortete, daß sie sich in die englischen Angelegenheiten nicht einmischen könnte. Herr Vanderbeld geht also noch weiter als der holländische Abgeordnete. Wir können nicht thun, was die Großmächte zu thun sich weigern. Gewiß soll sich auch Belgien um den internationalen Fortschritt kümmern, ich kann meine Einwilligung aber keinem Schritte geben, der uns alte und kostbare Sympathien benehmen würde. Unsere Verhandlung ist indeß nicht unnütz gewesen. Man meldet aus England, daß die Konzentrationslager verbessert und näher an die gesunde Küste verlegt würden, ihre Verwaltung ist aus den rauen Händen des Militärs in die der Kolonialverwaltung übergegangen. Man darf also eine Verbesserung erhoffen. Ich möchte, schließt der Redner, daß die Haager Abmachung aus dem Gebiete der Theorie zur Wirklichkeit und lebenden Praxis übergehe. Hier könnte Belgien eine nützliche Rolle spielen, und wenn es der Herr Minister des Aeußern gestattet, werde ich mich bei der Erörterung seines Budgets weiter darüber verbreiten. (Allseitiger Beifall.)

Eine von dem sozialistischen Abgeordneten Vanderbeld eingebrachte Tagesordnung, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die von der englischen Regierung ergriffenen Maßregeln zur Minderung der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern wirksam sein werden, lehnte der Minister des Aeußeren ab, da sie das englische Volk verlezte. Es liege kein Interesse Belgiens in Frage. England habe schon Maßregeln ergriffen, bevor die Sozialisten beschloßen, zu interpelliren. Der Minister schloß sich der vorgeschlagenen einfachen Tagesordnung an, welche von der Kammer mit 51 gegen 46 Stimmen angenommen wurde.

Aus dem französischen Parlament. Waldeck-Roussieu über das Kultusbudget.

Paris, 17. Dezember.
In der fortgesetzten Erörterung des Kultusbudgets führt Ministerpräsident Waldeck-Roussieu aus: Die Budgetkommission beantragt, die Ausgaben für die Ausübung des Kultus zu freieren. Einige Redner haben die Auffassung fundgegeben, als ob eine solche Frage, die Trennung von Kirche und Staat, gelöst werden könnte durch die Aufrechterhaltung oder die Beseitigung des Credits. Das ist eine etwas summarische Auffassung einer so ernsten und schwierigen Frage. Eine rationellere Auffassung ist die, daß die Unterdrückung des Kultusbudgets wohl eine Folge der Trennung von Kirche und Staat sein könnte, nicht aber, daß sie für sich allein diese Trennung begründen könne. Derartige Vorschläge sind nunmehr seit 1882 gemacht worden. So sagte Paul Bert, daß die Trennung von Kirche und Staat nur eine Formel wäre, und wenn man sich an diese Formel hielte, wödere man sich und die andern. Mit der trügerischen Formel: „Eine freie Kirche im freien Staate“ trägt man den Umständen nicht genügend Rechnung. Diese These ist selbst von Kampfplatzhellen vertheidigt worden, wie Lamennais, der glaubte, daß die Kirche auf diese Weise eine neue Kraft erwerben und ihre Vorherrschaft erhöhen würde. Madier de Montjau verlangte die Trennung des Staates von der Kirche, aber unter der Bedingung, daß die Kirche streng untergeordnet bliebe. Pelletan hält die Waffen des Staates der Kirche gegenüber — die Ernennung der Bischöfe und Geistlichen durch den Staat, die Verfolgung wegen Amtsmißbrauchs, das Recht auf Sperrung der Gehälter der Geistlichen — für unzureichende Mittel. Ich bin dagegen der Meinung, daß der Staat ein wesentliches Interesse daran hat, daß die Bischöfe nicht von Rom und die Geistlichen nicht von den Bischöfen ernannt werden. Geschehe das, so wäre der Ultramontanismus nicht nur eine Lehre, sondern eine thätigkeitsmäßige Macht, die zweierlei Chefs, geistliche und weltliche, hätte. Wenn ein Urtheil wegen Amtsmißbrauchs der Geistlichen in allen Diözesen angeschlagen wird, so hat diese Kundgebung wirksamen Einfluß. Vor zwölf Jahren noch waren die Kanzeln Tribünen, von denen herab politische Reden gehalten wurden. Was damals Regel war, ist heute nur noch Ausnahme. Nach Annahme des Vereinsgesetzes haben von 87 Bischöfen nur 6 lampflichtige Reden geführt, trotzdem man mit einer umfassenden Kundgebung des Episcopats gedroht hatte. Pelletan schildert die Macht der Kirche und empfiehlt gleichzeitig, den einzigen Zügel, den der Staat ihren Gelüsten gegenüber hat, aus der Hand zu geben. Die Trennung von Staat und Kirche ist meiner Meinung nach noch nicht an dem Tage vollzogen, wo der Staat zur Kirche sagt: ich kenne dich nicht mehr. Die Frage wird erst gelöst, wenn die Machtgebiete beider genau abgegrenzt sein werden, nicht aber, wenn man mit einem Federstrich einen Kredit beseitigt. Der Berichterstatter selbst gab zu, daß sich durch eine einfache Unterdrückung des Credits die gewünschte Reform, Trennung von Kirche und Staat, nicht vollziehen lasse. Die Regierung ist ganz seiner Meinung. Um eine derartige Frage zu lösen, bedarf es anderer, längerer Fristen, als der 55 Tage, welche die Kommission der Regierung gelassen hat. Man wird vor allem aber auch einer Mehrheit sicher sein müssen. Die Regierung hat die verschiedenen Mehrheiten, die sich bisher für diese Reform ausgesprochen haben, gezählt. Die vor-

letzte Legislatur hatte für diese Reform 180 Stimmen, 311 waren dagegen. Die gegenwärtige Legislatur wies 1898 auf: 166 dafür, 326 dagegen; 1899: 179 dafür, 190: 169 dafür. Die Regierung hat also bisher keine Mehrheit gefunden. Herr Pelletan führte ein Wort Napoleon's an, der gesagt haben soll, das Konfordat sei der größte Fehler seines Lebens gewesen. Aus den Zeugnissen Montholon's und anderer wissen wir aber, daß man Napoleon vieles in den Mund gelegt hat, was er gar nicht gesagt hat. Dazu gehört auch dieser Auspruch. Zur gegenwärtigen Stunde kann die Kammer das bestehende Regiment nicht durch ein anderes ersetzen. Wenn die Kammer das Kultusbudget unterdrückt, so erklärt sie damit gleichzeitig, daß der Staat hinfort auf die Kirche keine Einwirkung mehr ausüben will. Man kann jedenfalls auf diesem Wege nichts unternehmen, ohne von vornherein des Erfolges sicher zu sein; die geringste Niederlage würde der republikanischen Politik einen gefährlichen Stoß geben. Der Rationalist Bernard beantragt den öffentlichen Anschlag der Rede Waldeck-Roussieu's. Der Vorsitzende der Budgetkommission Resurreur und Dubief widerprechen mit dem Hinweis auf die finanzielle Lage des Landes und darauf, daß man sich von einem Gegner der republikanischen Mehrheit einen Anschlag nicht aufdrängen lassen wolle. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag (Soz.): Das Kultusbudget ist eine Prämie auf Lüge und Unwissenheit. Der Alerus läßt sich alle seine Dienste bezahlen, warum sollen wir ihn auf dieselbe Stufe stellen wie jeden Handeltreibenden? Die republikanische Partei wird ihre Pflicht thun und die Aufhebung des Kultusbudgets beschließen. Der Generalberichterstatter Melon: Der Unterdrückung des Kultusbudgets muß ein Gesetz über die Kultuspolitik vorausgehen. Die Regierung kann das Konfordat kündigen. Nach der Kündigung kann die feindliche Haltung des Alerus kaum schlimmer werden, als sie jetzt schon ist. Die Unterdrückung des Kultusbudgets wird meiner Meinung nach zu keiner Kundgebung Anlaß geben. Die Zeiten der religiösen Kreuzzüge sind vorüber. Der Sozialist Sembat vertheidigt den grundrationalen Standpunkt der Sozialisten: die freie Kirche im freien Staat. Die Angriffe der Kirche könnten der Republik nichts anhaben. Wenn die Regierung aber mit der Kirche verhandeln wolle, werde sie dabei den Kürzern ziehen. Ein Antrag des Sozialisten Ferrerette, die Abstimmung über die Unterdrückung des Kultusbudgets zu vertagen, bis die Frage der Trennung von Kirche und Staat durch eine Kommission von 33 Mitgliedern geprüft sei, wird abgelehnt. Ebenso ein Antrag des Rationalisten Vernard, der lautet: Die Kammer beschließt, das Konfordat zu kündigen und die Trennung von Kirche und Staat auszusprechen. Die Kammer beschließt alsdann den Uebergang zur Artikelberatung mit 350 gegen 187 Stimmen.

Auf Antrag des Vorsitzenden der Budgetkommission, Resurreur, willigt die Kammer ein, daß das Kultusbudget nochmals an die Kommission zurückgeht und zunächst das Budget des Ministers des Innern berathen wird. Nächste Sitzung: Donnerstag. (Telegramm.)

Paris, 17. Dez. In der Kammerkommission für Arbeiterversicherung und soziale Fürsorge äußerte sich heute Arbeitsminister Millerand über den Entwurf betreffend die Schaffung einer Arbeiterrentenkasse. Der Minister schlug vor, daß die fremden Arbeiter ebenso behandelt werden sollen wie die französischen, unter der Bedingung, daß sie bereits zehn Jahre ihr Domizil in Frankreich haben oder daß sie einem Lande angehören, welches durch Reziprozitätsvertrag mit Frankreich verbunden ist. Nach zweijähriger Eingahlung hätte der Arbeiter das Recht auf eine Invaliditätsrente bis 100 Francs. Um die aus diesen Änderungen resultirende Verringerung des Ruhegehalts einzumachen, würde ein Unterhaltungsfond geschaffen, welchem die Einzahlungen jener Arbeitgeber zustehen würden, welche ausländische Arbeiter beschäftigen. 1896 trat er in den Ruhestand.

Großherzogthum Baden. Karlsruhe, 18. Dezember.

Heute Früh gegen 9 Uhr traf Präsident Dr. Nicolai aus Karlsruhe ein und erkrankte seiner königlichen Hoheit dem Großherzog von 10 bis 11 Uhr Vortrag. Nachmittags hielt Präsident Dr. Nicolai Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Vortrag undehrte Abends nach Karlsruhe zurück. Seine königliche Hoheit der Großherzog richtete an den Obersten von Schidius, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, ein Schreiben, um demselben und dem Offiziercorps des Regiments Höchstlein Bedauern darüber zu äußern, daß Seine königliche Hoheit durch Unwohlsein verhindert ist, das heutige Erinnerungsfezt mit dem Offiziercorps vereint zu begehen.

Am 17. d. M. stieß im Bahnhof Rastatt der von Ettlingen kommende Güterzug 931 durch Ueberfahren des Einheitsignals auf den von Durmersheim kommenden Güterzug 1829, wodurch sechs Wagen entgleisten und die Linie Karlsruhe-Rastatt über Ettlingen gesperrt wurde. Die fahrplanmäßig über Ettlingen gehenden Züge verkehrten über Durmersheim. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen hier und Rastatt über Ettlingen wurden Hilfszüge angeordnet.

Am 11 Uhr Vormittags konnte der regelmäßige Betrieb über Ettlingen wieder aufgenommen werden. Verletzungen von Personen kamen nicht vor, auch ist der Materialschaden nicht erheblich.

Am 17. d. M. entgleisten um halb 1 Uhr Nachmittags in Stahringen vom Güterzug 863 der Tender der Vorpannlokomotive und die Vorderachse der Zugslokomotive und außerdem zwei Wagen aus noch unbekannter Ursache. Die Gleise nach Stodach und Ueberlingen waren dadurch gesperrt, der Personenverkehr wurde durch Umsteigen ausreicht erhalten.

Gegen 4 Uhr Nachmittags war die Störung wieder beseitigt und konnte mit Zug 566 der durchgehende Verkehr wieder aufgenommen werden. Verletzungen von Personen kamen nicht vor. Der Materialschaden ist unerheblich.

Nachdem durch kaiserliche Verordnung vom 24. November d. J. bestimmt worden ist, daß das Reichsgesetz

über die privaten Versicherungsunternehmungen mit dem 1. Januar 1902 seinem vollen Umfang nach in Kraft treten soll, werden mit diesem letzteren Tage die auf die Präventivkontrolle bezüglichen Bestimmungen des Jahrsversicherungsgesetzes vom 30. Juli 1840 (§§ 6, 7, 8, 10, 12, 13) gemäß § 121 des genannten Reichsgesetzes hinfällig. Es besteht also vom 1. Januar l. J. ab für die Versicherungsnehmer bezgl. für die Privatversicherungsgesellschaften keine Verpflichtung mehr, zum Abschluß von Jahrsversicherungsverträgen die Genehmigung des Gemeinderaths einzuholen oder auch nur eine Anzeige von einem solchen Abschluß bei dem Gemeinderath oder sonstwo zu machen. Wie die „Südd. Reichs-Korresp.“ erfährt, ist in Aussicht genommen, durch ein an Stelle des derzeitigen Jahrsversicherungsgesetzes tretendes Gesetz, dessen Entwurf demnächst den Ständen zugehen wird, eine Anzeigepflicht und eine Nachkontrolle hinsichtlich der Jahrsversicherungsverträge einzuführen; einwillen aber ist — wie bereits bemerkt — vom 1. l. M. an der Abschluß von solchen Verträgen von der Beachtung einer polizeilichen Vorchrift nicht mehr abhängig, wenn auch selbstverständlich das Verbot der Lebensversicherung und der Doppelversicherung fortbesteht.

Göthler Anordnung gemäß werden in der Zeit vom 15. Dezember d. J. bis mit 1. Januar 1902 in der Turnhalle der Viktoriastraße — Amalienstraße 35 — drei große Transparente, nämlich: „Die Verkündigung der Geburt Christi“, „Die Anbetung der Hirten“ und „Die Flucht nach Egypten“, ausgeführt nach berühmten Meisterwerken von Herrn Hoftheatermaler Wolf hier, aufgestellt sein. Erwähne ohne oder mit solchen Kindern, die nicht den besonders eingeladenen Schülern und Anstalten angehören, ist Gesehenheit geboten, die Transparente am Mittwoch den 18. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 5 Uhr, Donnerstag den 19. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 5 Uhr, Samstag den 21. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 5 Uhr, Sonntag den 22. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Montag den 23. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Dienstag den 24. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Mittwoch den 25. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Donnerstag den 26. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Freitag den 27. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Samstag den 28. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Sonntag den 29. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Montag den 30. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Dienstag den 31. Dezember d. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, Mittwoch den 1. Januar l. J., Nachmittags 4 bis 6 Uhr, zu besichtigen. Von Erwachsenen wird zu Gunsten des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims ein Eintrittsgeld von 20 Pf. für die Person erhoben. Während der Besichtigung wird Herr Stadtdirektor Berner jr. geeignete Musikstücke vortragen.

In Bismarckburg im Deutsch-Ostafrikanischen Schutzgebiet ist eine Postanstalt eingerichtet worden, deren Thätigkeit sich auf die Annahme und Ausgabe von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen erstreckt.

(Konzert Menar-Vender.) Das von Fräulein Viti Menar, Kontraltfängerin, und Fräulein Marie Vender, Klavierbegleiterin aus Berlin im Museumsaal veranstaltete Konzert erfreute sich leider nur einer sehr geringen Teilnahme. Die beiden Damen erschienen als Erst-Debutantinnen auf dem hiesigen Konzertpodium und haben sich, insbesondere die Pianistin, sehr gut eingeführt. Fräulein Vender errang durch ihre saubere brillante Technik und gut musikalische Gliederung der vorgetragenen Stücke einen außerordentlichen Erfolg. Die symphonischen Entwürfe von Robert Schumann waren eine ganz respectable Leistung, wenn auch der große geniale Zug in der Auffassung dieser schwierigen Aufgabe durch energische, kraftvolles Anpand allein noch nicht eingebracht worden war. Das Caprice zur des airs de ballet aus Gluck's Alceste von C. Saint-Saens und der As-dur-Walzer von Chopin gelangen ganz vortrefflich und waren die bedeutendste Leistung des Abends. In Nocturne von Chopin-Liszt hätten wir für die gesanglichen Stellen einen größeren Ton und empfindungsvolleren Vortrag gewünscht. Mit lebhaftem Beifall lohnten die Anwesenden die Vorträge der jungen Dame, welche gerne eine Zugabe, Transkription eines Chopin'schen Liedes, gewährte. — Fräulein Menar stellte sich als eine Sängerin mit wohlklingender Mezzosopranstimme vor; Athemführung und Entfaltung des Organs lassen eine erfolgreiche Schulung erkennen, doch läßt in der Aussprache die schwierige Behandlung der Konsonanten noch sehr zu wünschen übrig. Dem allzu gleichmäßigen Vortrag mangelt es an Temperament und Gefühlstiefe, ohne welche Eigenschaften für Pieder von Brahms und solche von Hugo Wolf ein erfolgreicher Eindruck nicht gedacht werden kann. Das Publikum zeigte sich dankbar, Fräulein Vender begleitete die Lieder geschmackvoll und gewandt.

(Badischer Frauenverein.) Am 2. Januar 1902 beginnt in der Kunstschule für Kunstschülerinnen, sowie ein neuer Unterrichtskurs für feine weibliche Handarbeiten. Anmeldungen dafür sind an die Kunstschülerin, Unterkerkerstraße 2, zu richten.

(Naturwissenschaftlicher Verein.) In der Sitzung am Freitag den 20. Dezember im kleinen Saale des Museums wird Herr Dr. L. Wille über „Masse und Gesundheits“ sprechen. (Aus dem Polizeibericht.) Gestern Vormittag 9 1/2 Uhr entfiel in der im vierten Stock gelegenen Wohnung eines in der Marienstr. wohnhaften Schmieds dadurch Feuer, daß drei sich allein überlassene Kinder mit Zündhölzern spielten, wobei ein Vorhang in der Küche Feuer fing. Das Feuer konnte von den Hausbewohnern wieder gelöscht werden. — In der Nacht vom 15. d. M. wurde eine Mansarde in der Kreuzstraße mittelst Nachschlüssel geöffnet und daraus eine noch wenig getragene goldene Damenremontuhr, in deren Rückenteil „G. J. Weichmann 1900“ eingraviert ist, eine lange Halskette und ein goldener Damerring mit einem roten Stein und zwei weißen Perlen gestohlen. — Eine Frau, die am 10. d. M. in einem Laden auf der Kaiserstraße einen seidenen Schal gestohlen und dabei von der Polizei abgefaßt wurde, gab damals einen falschen Namen an. Heute früh ist nun dieselbe in der Person einer Schlossersfrau in der Sofienstraße ermittelt und verhaftet worden, da sie außerdem noch dringend verdächtig ist, weitere Ladendiebstähle begangen zu haben. Die Frau hatte anfänglich die Freiheit, zu leugnen, daß sie diejenige sei, welche vor acht Tagen von der Polizei wegen Diebstahl zur Rede gestellt worden ist.

(Kolosseum.) In der letzten Vorstellung dieser Jahres ist es der Ehrenallemeister Karl Reinsch, dessen hervorragende Reittkunst ganz besonders Interesse verdient. Er fährt mit seinem Kolossalreitpaß und zwei wunderbar dressirten Doggen auf dem relativ kleinen Raum der Kolosseumbühne die schwierigsten Circusstouren vor. Der Athlet Serra trägt „La belle Rosa“ nebst Tisch und Stuhl mit den Sähen und setzt sich auch sonst durch ganz ungewöhnliche Kraftleistungen aus. Die Damen Martha und Gebwila produziren sich auf dem gespannten Drahtseil, erstere auch mit großer Eleganz auf der rotirenden Säule. Ferner setzen sich das Almasio- und das Jomovsky-Trio als sehr gewandte akrobatische und equilibristische Artisten, dazu kommt noch der schlagfertige Stegreifdichter und Zukunftsschauspieler Henry Samson und die Humoristin Antonie Gates, die beide das Publikum bestens unterhalten.

Mannheim, 17. Dez. Zwei für die Entwicklung unserer Stadt bedeutsame Vorlagen des Stadtraths beschäftigen heute den Bürgerausschuß. Zunächst handelte es sich um die Verwilligung von 98 000 M. zur Herstellung einer 22 Meter breiten Zufahrtsstraße zur Stefanienpromenade, sowie zur Errichtung von Straßen auf dem Gelände des bis-

berigen Rheinlands. Es sollen hier durch ein Konjunktium Baupläne für ein Villenquartier mit großen gärtnerischen Anlagen geschaffen werden. Dieses neue Viertel wird zweifellos einer der schönsten und beliebtesten Stadtteile Mannheims werden. Die Vorlage fand die einstimmige Billigung des Bürgerausschusses. — Die zweite Vorlage betraf die Erstellung einer Straße durch den Schlossgarten nach der Rheinbrücke. Durch die neue Straße soll die elektrische Straßenbahn nach Ludwigshafen geführt werden. Die Vorlage wurde genehmigt. — Eine dritte gleichfalls angenommene Vorlage des Stadtraths handelte von der Bewilligung von 84 000 M. zur Herstellung von Anlagen auf den beiden Schlossplätzen, dem Karl Theodor- und Karl Philipp-Platz entlang der Bismarckstraße. Auf den beiden Plätzen kommen die vor circa zwei Jahren von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog gestifteten beiden Denkmäler des Kurfürsten Karl Theodor und des ersten Großherzogs von Baden, Karl Friedrich, zur Aufstellung.

B.N. Mannheim, 17. Dez. Im Sitzungssaal der Handwerkskammer fand heute unter der Leitung des 2. Vorsitzenden, Herrn Zimmermeister Hermann, (der 1. Vorsitzende, Herr Sattlermeister Aulbach, ist erkrankt) eine Vollversammlung der Handwerkskammer für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach statt. Die Mitglieder waren nahezu vollständig erschienen. Als Vertreter der Regierung war Herr Amtmann Frech zugegen. Herr Kammersekretär Haußer referierte u. a. über Regelung des Lehrlingswesens. Der Anmeldezwang bezüglich der Lehrlinge habe den Widerstand mancher Meister hervorgerufen. Die Gesamtkammer beläuft sich auf 2 850. Am stärksten ist die Zahl der Lehrlinge bei den Schlossern, nämlich 581, dann folgen die Schreiner mit 265, die Bäcker mit 192, die Maurer und Bauhandwerker mit 178, Hof- und Wagenmacher mit 162, Maler und Tüncher mit 160 u. s. w. Zu längeren Debatten gab der Entwurf einer Gesellenprüfungsordnung im Handwerksamtverordnungsamt Anlass. Betreffend die Ernennung von Beauftragten zur Überwachung des Lehrlingswesens referierte Herr Helfrich-Heidelberg, der sich über die Art der Organisation dieser Beaufichtigung äußerte. Sie soll in der Weise ausgeführt werden wie die Aufsicht der gewerblichen Betriebe durch die Fabrikinspektion. Vorläufig halte er die Ernennung von vier Beauftragten für genügend. Der Vorsitzende stellte den Antrag, dem Vorstande anheimzugeben, ein bis vier Beauftragte zu ernennen. Schließlich wird der Antrag des Vorsitzenden gegen sieben Stimmen angenommen. Der Antrag des Vorsitzenden betreffend die Einführung obligatorischer Lehrlings- und Gesellenprüfungen wird abgelehnt. Es folgten weitere Berichte des Sekretärs Haußer über den Deutschen Handwerks- und Gewerbetag in Darmstadt, des Herrn Irmer über den 6. Badischen Handwerkerkongress in Offenburg und des Herrn Leonhard über die Veranstaltung einer Gewerbeausstellung im Handwerksamtverordnungsamt Mannheim im Jahre 1902. Herr Helfrich-Heidelberg berichtete zum Schluss über eine Bekanntmachung, welche bezüglich der unbefugten Führung des Meistertitels seitens der Handwerkskammer erlassen werden soll.

Willingen, 17. Dez. Der hiesige Kriegerverein zählt jetzt 467 Mitglieder und zwar 433 aktive, 31 passive und 3 Ehrenmitglieder. Der Sanitätskolonne des Vereins gehören 80 Mitglieder an. Der Verein zählte im verflohenen Jahr 696 M. an bedürftigen Mitgliedern, seit dem Bestehen des Vereins 15 180 M. Der jetzige Vorstand des Vereins, Herr Gewerbeschulvorstand Döring, lehnte die Wiederwahl ab und wurde deshalb Herr Apotheker Dr. Priemer hier als Vorstand gewählt. — Die neue eiserne Brücke über die Reigach hier wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit trotz vielfacher ungünstiger Witterung fertig gestellt. Die Belastungsprobe war recht befriedigend. Das Fundament wurde von Baumeister Carolini in Mengen, das Eisenwerk von der Brückenbauanstalt Th. Lucas in Mannheim hergestellt. Die Montage des Eisenwerks erfolgte in der kurzen Zeit von 6 Wochen.

Kleine Nachrichten aus Baden. Die Einwohnerzahl Mannheims setzt sich nach einer Untersuchung des Statistischen Amtes folgendermaßen zusammen: Geboren in Mannheim 56 524 = 40 Proz., im übrigen Baden 37 270 = 26,4 Proz., in Württemberg 11 801 = 8,9 Proz., in der Pfalz 8100 = 5,8 Proz., in Hessen 7606 = 5,4 Proz., in Bayern r. d. Rh. 4213 = 2,9 Proz., in Elsaß-Lothringen 1029 = 0,7 Proz., im übrigen Reich (Norddeutschland) 10 828 = 7,7 Proz., dem Ausland 3776 = 2,8 Proz. — Laut „S. Tgl.“ hat der Senat gestern den Beschluß gefaßt, den Lalar als Amtsträger für die Professoren der Heidelberger Universität einzuführen. — In Forstheim wurde in der gestern stattgehabten Bürgerauschussung der Platz auf der Insel für das zu erbauende Volkshaus bestimmt. — Die Gesamtanmeldungen der Arbeitslosen in Freiburg betragen 271, wovon 210 ihren Aufenthalt bis zu 13 Wochen hier haben. — Am Montag wurde in Freiburg aus einem Hause der oberen Herrenstraße eine Geldkassette mit etwa 700 M. gestohlen. — In Rottenweier brannte das der Frau Weiß Witwe gehörige Oelonomiegebäude bis auf den Grund nieder, wodurch ein Schaden von über 2000 M. entstand, der durch Versicherung gedeckt ist.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

Bern, 18. Dez. Von den Kantonsräthen von Solothurn und Bern war der Bundesversammlung ein Antrag unterbreitet worden, sie möge den Bundesrath ersuchen, im Verein mit der Regierung anderer Staaten bei der britischen Regierung im Sinne einer Verbesserung des Looses der Frauen und Kinder in den südafrikanischen Konzentrationslagern vorstellig zu werden. Der Bundesrath erklärte ausdrücklich, er werde den Antrag prüfen, aber keinen Entscheid treffen, der als unbedingte Zustimmung in fremde Hände ausgelegt werden könnte.

Prätoria, 18. Dez. In der Nacht auf den 14. Dezember machten die Buren an zwei Stellen vergeblich den Versuch, die Blochhauslinie Standerton-Middelburg zu überschreiten.

London, 17. Dez. Lord Ritchener meldet aus Belfast: General French berichtet: Kommandant Krüzing ist bei dem Versuch, die Blochhauslinie in der Nähe von Hannoverroad zu überschreiten, schwer verwundet und gefangen genommen worden.

Geneße Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 18. Dez. Der Großfürst-Thronfolger von Rußland besuchte gestern Nachmittag das Mausoleum in der Friedenskirche bei Potsdam und legte dort Kränze nieder.

Berlin, 18. Dez. Gestern Abend 11 Uhr reiste der Großfürst-Thronfolger von Rußland nach

St. Petersburg ab. Der Großfürst fährt im Sonderzuge des Kaisers.

Berlin, 18. Dez. Das letzte Denkmal in der Siegesallee ist heute Vormittag in Gegenwart des Kaiserpaars enthüllt worden. Es stellt den Kurfürsten Johann Georg dar, von Bildhauer Martin Wolff, die dazu gehörigen Büsten von Bildhauer Martin Dynar und den Kanzler Lampert Dieftelmayer. Auch der Reichstanzler und mehrere Minister wohnten der Feier bei. Nach der Denkmalsenthüllung besuchte das Kaiserpaar das neue Pergamon-Museum. Abends findet im Schloß ein Diner statt, zu dem außer den Umgebungen der Majestäten mehrere Minister, der Generaldirektor der Museen, der Rektor der Universität, sämtliche Bildhauer, welche die Denkmalsgruppen in der Siegesallee geschaffen haben und andere Notabilitäten geladen sind.

Darmstadt, 18. Dez. Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen begibt sich laut „Darmstädter Zeitung“ am Samstag nach Kiel zum Besuche des Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen.

Fiume, 18. Dez. Die Matrosen der Ungarisch-Kroatischen Seeschiffahrts-Gesellschaft organisierten im Geheimen einen Ausstand und die Besatzung des Schiffe „Bannonia“ verweigerte gestern kurz vor der Abfahrt des Schiffes den Dienst. Die Direktion wandte sich an die Seebehörde, welche genügend Hafenploten auf den Dampfer entsandte, so daß derselbe nach Dalmatien abgehen konnte.

Paris, 18. Dez. Der frühere Botschafter in Berlin, Herbet, ist gestern Abend plötzlich gestorben.

Julius Herbet war geboren am 5. August 1839 zu Paris und trat 1860 in den auswärtigen Dienst. 1871 nahm er als Sekretär Jules Favres an den Friedensverhandlungen mit Deutschland teil, 1878 an den Verhandlungen des Berliner Kongresses. Mit Freytag trat er 1882 aus dem Staatsdienst, kehrte aber mit diesem 1885 in seine frühere Stellung als Leiter der Central- und Personalabteilung des Ministeriums in den Staatsdienst zurück. 1886 erhielt Herbet den Posten des Botschafters in Berlin, in welcher Stellung er durch sein verhältnißmäßig maßvolles Auftreten sich viele Sympathien erwarb, und dazu beitrug, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu befestigen.

Paris, 18. Dez. Ueber den Tod des früheren französischen Botschafters in Berlin, Herbet, werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Herbet wurde gestern Abend 5 Uhr auf der Straße an der Ecke der Rue des Bains und der Rue St. Petersbourg vom Schläge getroffen und stürzte tot nieder. Passanten brachten die Leiche auf das Polizeikommissariat. Die Identität derselben wurde zunächst nicht festgestellt, da sich in den Taschen des Verstorbenen keine Papiere fanden, die über seine Person Aufschluß gaben. Erst ein Schneider, dessen Firma im Ueberrock Herbetes eingetragen war, erkannte die Leiche. Man glaubt, daß Herbet, der schon seit längerer Zeit an Diabetes litt, infolge einer Gehirnerkrankung verstarb. Er hat ein Alter von 63 Jahren erreicht.

Paris, 18. Dez. Der Hauptmann Guyot de Billebeuvre, der wegen eines Glückwunschschreibens an den Nationalisten Syvetol mit 60 Tagen Arrest bestraft wurde, hat seine Entlassung eingereicht. In einem vom „Gaulois“ veröffentlichten offenen Briefe an den Kriegsminister erklärt er, er trete aus der Armee aus, weil er durch verschiedene Maßnahmen des Kriegsministers André und seines Vorgängers de Galliffet empört sei.

Paris, 18. Dez. Die „Patrie“ will von einem aus Tongking zurückgekehrten Offizier erfahren haben, daß seit den chinesischen Unruhen die Lage in Tongking infolge fortgesetzter Einfälle chinesischer Banden sich ernstlich gestaltet habe. General Dods hat 4000 Mann Verstärkungen verlangt.

Brest, 18. Dez. Hier fand gestern eine Versammlung von 3000 Arbeitern des Kriegshafens statt, in der eine Resolution angenommen wurde, daß nur ein Gesamtanstand der Arbeiter zur Erlangung ihrer Forderungen verhängen könne. Von den Hafenarbeitern von Cherbourg wurde ein ähnlicher Beschluß gefaßt.

Rom, 17. Dez. In der Kammer wurde im Laufe der heutigen Sitzung die Beratung über den Antrag Luzzatti betreffend Befreiung der Zustände in Neapel und Süditalien wieder aufgenommen. Zanardelli erklärt, er würde glückselig sein, wenn man Maßregeln zu Gunsten Siciliens veranlassen könne. (Sehr gut.) Alle Antragsteller schließen sich dem Antrag Luzzatti's an.

Christiana, 18. Dez. Das Storting ermächtigte die Regierung, eine Staatsanleihe von 35 Millionen Kronen aufzunehmen.

Konstantinopel, 18. Dez. Der französische Staatsangehörige Varrisol, welcher 3255 000 Francs für Nachtragsarbeiten bei dem Bau des Hafens von Saloniki fordert, verlangt die Einsetzung einer Schiedsgerichtskommission zur Regelung dieser Streitfrage. Es verlautet, die französische Botschaft werde interveniren, falls die Angelegenheit nicht auf gutlichem Wege geregelt werde.

Konstantinopel, 18. Dez. Zu der Angelegenheit des Erbauers des Hafens von Saloniki, Varrisol, meldet die „Agence Havas“: Varrisol fordert als Konzessionär für die Ergänzungsarbeiten am Hafen von der Zivilliste 3 200 000 Francs. Der französische Botschafter sollte interveniren. Im letzten Augenblick zog Varrisol seine Forderung zurück. Damit ist die Angelegenheit geregelt.

Konstantinopel, 18. Dez. Der „Agence de Constantinople“ zufolge sind alle Nachrichten über den ungünstigen Gesundheitszustand des Sultans unrichtig. Der Sultan befindet sich vorzüglich und wohnt sich ununterbrochen den Staatsgeschäften.

New-York, 18. Dez. Dem Senat wurde heute ein neuer Gesetzentwurf betreffend Einwanderung unterbreitet. Derselbe bestimmt, daß Einwanderer einer Prüfung unterworfen werden sollen, um ihren Bildungsgrad festzustellen, daß ferner Inspektoren ernannt werden sollen, um an Landungshäfen die polizeilichen Ausweise der Einwanderer zu prüfen und dadurch Anarchisten fernzuhalten.

Verschiedenes.

Freiburg in Sachsen, 18. Dez. Gestern flog die Gelatinbude der Dresdener Dynamitfabrik in Freiberg in die Luft. Zwei Arbeiter wurden getödtet, einer schwer, mehrere leicht verletzt.

Paris, 18. Dez. (Telegr.) Die Mannschaft des gestrandeten Dampfers „Lieber“ ist gerettet.

New-York, 18. Dez. (Telegr.) Der durch Ueberflutung verursachte Schaden ist besonders groß in Pensylvanien und Maine. Derselbe wird auf fünf Millionen Dollars geschätzt.

Literatur.

Oberschlesischer Volkslieder. gesammelt von Augusta Vender. Niederschrift der Weisen von Dr. J. Rommer. Mit Unterstützung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs Friedrich von Baden, herausgegeben von dem Deutschen Volksliedverein in Wien. Preis gebunden 3 M. Das Buch enthält mehr als 200 Volkslieder und volkstümliche Gesänge, die seit länger als einhundert Jahren in dem badischen Dorfe Oberschlesien gesungen werden, und die hier nach jahrelanger mühsamer Arbeit zu einer Sammlung vereinigt sind. Von sachmännlicher Seite als ein wertvoller Beitrag zur Literatur der deutschen Liederforschung bezeichnet, bietet die Sammlung eine ganze Anzahl sonst nirgends belegter aufgeschriebener Lieder, Weisen, Sing- und Lesarten. Nicht nur dem gelehrten Forscher, sondern jedem Freunde volkstümlicher Gesänge, sowie allen Gesangsvereinen, die sich der Pflege des Volksliedes widmen, werden die Oberschlesinger Volkslieder eine willkommene Gabe sein.

Soeben geht uns der vierte Band des neuen Brockhaus zu in dem bekannten eleganten Einband. Eine unglaubliche Menge neuer Einzelheiten zeigen die Artikel von aktuellem Interesse wie China und Chinesisches Heerwesen, Gräfin Chotel, Deutsche Kolonien, Deutsche Konvikale (mit einem Verzeichniß sämtlicher Städte, in denen sich solche befinden). Sehr gut ist der Artikel Deutsche Literatur, der auf nur 25 Seiten eine ausgezeichnete Zusammenfassung alles Wissenswerthen, eine geradezu musterhafte Charakteristik der großen und kleinen Sterne des deutschen Geisteslebens zeigt. Deutsche Kunst, Deutsche Mundarten, Deutsche Musik sind ebenfalls wertvolle kleinere Abhandlungen. Wer in diesen vier Artikeln gelobt ist, dessen Werke lohnt es sich sicherlich zu lesen. So ist auch hierfür, und gerade vor Weihnachten, der Brockhaus der niederlagende und beste Rathgeber. Von den 50 schwarzen und bunten Tafeln, die auch dieser Band des Lexikons enthält, und von den Karten und Tabellen wollen wir nur sagen, daß sie berechtigtes Interesse erregen durch die Verwerthung des allernuesten Materials, so: Dampfessel, Dampfschiffahrt, Verbindungen, Dantsig, Eintheilung des Deutschen Heeres am 1. Oktober 1901, Militärische Isolationen im Deutschen Reich und in den Grenzgebieten, die Deutschen Kriegsschiffe im Jahre 1901. Die bunten Plätter Chinesische Kunst, Claude, Lorrain, Crucifix und Wappen, Kronen und Standarten des Deutschen Kaisers sind Meisterwerke der Druckkunst.

Europäische Fahrten. Von Eugen Jabel. Zwei Bände. Oldenburg und Leipzig. Schulze'sche Hofbuchhandlung. (A. Schwarz.) Der Verfasser, einer der reifsten Publizisten unserer Zeit, in dem der Typus des modernen Berliner Zeitungsmannes vornehmlicher Art am ausgeprägtesten in die Erscheinung tritt, vereinigt in den beiden vorliegenden Bänden feinstillemontisirte Arbeiten, die er nach und nach in der „National-Zeitung“ veröffentlicht hat. Die Gefahr, damit beispielgebend zu wirken, und andere Journalisten zu dem gleichen Thun anzuregen, wird in dem vorliegenden Falle dadurch vermindert, daß nicht allzu vielen Berufsgeoffenen des Herausgebers die Gelegenheit zu gleich umfangreichen Reisen noch auch dazu geboten ist, mit ebenso vielen, an hervorragender Stelle stehenden Menschen in Verbindung zu kommen. Namentlich der letztere Umstand läßt die Herausgabe der vorliegenden Sammlung berechtigt erscheinen und sichert ihr einen über das Augenblicksinteresse hinausreichenden Werth.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 19. Dez. Ab. C. 24. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Der Postillon von Lonjumeau“, komische Oper in 4 Akten. Nach dem Französischen von Friederike Elmreich. Musik von Adam. Postillon: Karl Sträh vom Stadttheater in Mainz als Gast. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Stand der Badischen Bank

am 15. Dezember 1901.

Aktiva.	
Metallbestand	4 818 878 M. 86 Pf.
Reichsbankenscheine	20 230 „ —
Noten anderer Banken	323 200 „ —
Wechselbestand	12 442 797 „ 88
Vorbahrdorderungen	13 035 410 „ —
Effekten	111 795 „ 49
Sonstige Aktiva	4 318 188 „ 92
85 070 451 M. 15 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 959 107 „ 08
Umlaufende Noten	11 603 900 „ —
Täglich fällige Verbindlichkeiten	11 624 656 „ 56
An Kündigungskonten gebundene Verbindlichkeiten	— „ —
Sonstige Passiva	882 787 „ 51
85 070 451 M. 15 Pf.	

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 419 347 M. 85 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 18. Dez. 1901

Die Luftdruckvertheilung hat seit gestern eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Das barometrische Maximum, welches gestern Mitteleuropa bedeckte, hat sich auf Finland zurückgezogen und über der südlichen Nordsee ist eine Depression erschienen. Die Bewölkung hat deshalb meist zugenommen und stellenweise fällt Schnee. Die Morgentemperaturen lagen in Deutschland bis zu 10° unter dem Gefrierpunkt. Etwas wärmeres Wetter mit Niederschlägen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Dezember	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in m	Feuchtigkeit in %	Wind. in Grad.	Witterung
17. Nachts 9 ^u 11.	742,7	-2,6	8,8	100	NE	bedeckt
18. Morgs. 7 ^u 11.	739,7	-2,9	3,4	90	SE	„
18. Mittags. 2 ^u 11.	738,8	-0,3	4,2	94	SE	„

Höchste Temperatur am 17. Dezember: -1,0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -3,8.

Niederschlagsmenge des 17. Dezember: 0,0 mm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 18. Dez.: 3,50 m, gefallen 5 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Abtheilung für Schwarze Kleiderstoffe.

In grossen Sortimenten vorrätig:
Alle Neuheiten in Zibeline, Tuch, Kammgarn, Jacquards, Alpaccas, Grenadines, Voiles, Cachemire des Indes, eleganten halbseidenen Kleiderstoffen,
 sowie **feinen englischen Stoffen** für Schneiderkleider.
Schwarze reinwollene Cheviots vorzügliche Qualitäten, das Meter Mk. 2.50, 2.25, 1.80, 1.60, 1.40, 1.20, 1.10.
Schwarze gemusterte Stoffe, elegante Muster, das Meter von Mk. 6.— bis 1.50.
Schwarze zurückgesetzte Stoffe, das Meter von 85 Pfg. an.

S. Model.

E. Büchle, Kunsthandlung und Rahmenfabrik, Kaiserstrasse 149.

Büsten u. Figuren in Bronze, Terracotta, Elfenbeinmasse, Holzsäulen, Staffeleien.
Einrahmungen von einfacher bis reichster Ausführung.
Eigene Einrahm- und Schreiner-Werkstätte.

In grosser Auswahl empfehle:
Stiche, Radierungen, Aquarellgravüren, Kohlendrucke, Farbige Photographien.

Handschuhe, Cravatten, Hosenträger, Regenschirme anerkannt vorzügl. Qualitäten, empfehlen **Ludwig Oehl** Nachfolger, Karlsruhe, Kaiserstrasse 116.

Defopistenstelle.
 Auf 1. Januar 1902 ist bei hiesiger Stelle eine mit 800 Mark Jahresgehalt und mit über 100 M. Nebenverdienst ausgestattete Defopistenstelle zu besetzen. Bewerber wollen sich alsbald unter Vorlage ihrer Zeugnisse hier melden.
 Schwetzingen, den 17. Dezember 1901.
 Gröb. Amtsgericht.
 R 51 e. P 72

A. Winter & Sohn Nachf. Friedr. Köchlin. Grossh. Hoflieferant.

Zu **Weihnachtsgeschenken** geeignet empfehle mein grosses Lager in **Bronzen, echt u. imitirt,** als: Uhrgehäusen, Schreibgehäusen, Figuren, Büsten, Aufsätze, Vasen, Schalen, Armleuchter, Wandleuchter, Handleuchter, Photographierahmen, Etagères, Rauchtische u. Service etc., Nippachen aller Art.

Heute Abend 1/8 Uhr entschlief sanft und schmerzlos unser theurer Bruder, Schwager und Onkel

Herr August Wachs Kgl. Preuss. Major a. D.

Karlsruhe, den 17. Dezember 1901
 Jane Freifrau von Reck, geb. Wachs.
 Kathinka Picot, geb. Wachs.
 Melanie Dietz, geb. Wachs.
 Maria Wachs, geb. Bauendahl.
 Frhr. Karl von Reck, Major a. D.
 Hermann Dietz, Reichsgerichtsrath.

Die Beerdigung findet am 20. Dezember, Vormittags 11 Uhr von der hiesigen Friedhofkapelle aus statt. P 79

Straßenbau im Brettenthal.

Wir vergeben Namens der Gemeinde **Freiamt** die Arbeiten zur Korrektur der Brettenthalstrasse vom Sägeplatz bis zum Naglerhof in drei Losen.
 Die Arbeit umfasst

	Los I.	Los II.	Los III.
Erdbarbeit	4055 cbm	5253 cbm	2117 cbm
Sprengarbeit	300 "	400 "	50 "
Planierungsarbeit	5830 qm	7940 qm	4720 qm
Stützmauern	77 cbm	192 cbm	30 cbm
Chausseearbeit	3960 qm	3983 qm	3843 qm

 Pläne, Bedingnisbest und Arbeitsverzeichnisse liegen während der üblichen Geschäftsstunden bei der unterzeichneten Stelle zur Einsicht auf. Angebote sind unter Benützung des vorgezeichneten Formulars bis längstens zur Verdingungsverhandlung
Donnerstag den 9. Januar 1902, Vormittags 10 Uhr, verschlossen und portofrei bei uns einzureichen.
 Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Emmendingen, den 17. Dezember 1901.
Grossh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion. P 76.1

Gegründet 1879. * Gegründet 1879.

H. Maurer,

Pianolager,
 Friedrichsplatz 5, Karlsruhe, Friedrichsplatz 5,
 empfiehlt zu äusserst billigen Preisen sein reichhaltiges Lager in

Pianos, Flügel, Harmoniums

Pianos guter Qualität von M. 450, Harmoniums von M. 80.— an.
 Umtausch gespielter Klaviere. Reelle langjährige Garantie.
 Günstige Bedingungen gegen Baar- u. Ratenzahlung.
 Man verlange Preiscurante und Prospekte. D 777-3

Praktische Weihnachtsgeschenke:



Klavier-Stühle,
 Klavier-Lampen,
Schränke für Musikalien, Akten, Zeitschriften

empfeht D 885.3
Ludwig Schweisgut,
 Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

LUDWIG BERTSCH, Hofjuwelier,

Kaiserstr. 165, Karlsruhe, Telephon Nr. 1478.
 Prämiirt: Chicago 1893, Strassburg 1895, Paris 1900.
 Hervorragende Auswahl
billiger Schmuckstücke
 Broschen Ohrringe Armbänder
 Ringe Gürtelnadeln Hutnadeln
 Colliers Schieberketten Anhänger
 Uhrketten Kettenknöpfe Brustknöpfe
 Herrennadeln etc.

Gold, goldplattirt und Silber in den niedrigsten Preislagen.
Feste Preise. Eigene Werkstätte.
 Auswahlendungen bereitwilligst, Preisangaben erwünscht.
 Altes Gold und Silber nehme in Gegenrechnung. D 974-2

Weinheim. P 18
 Zu Nr. 1 des diesseitigen Vereinsregisters (Kasinnogesellschaft Weinheim a. d. B.) wurde heute eingetragen:
 An Stelle der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Professor Franz Josef Schelle, Privatmann Dr. Karl Göbel und Rentamtmann Anton Blant wurden als Mitglieder des Vorstands bestellt: Professor Dr. Max Dalitzsch (Direktor), Kaufmann Heinrich Hilbrand und Apotheker Gustav Bledorn, alle wohnhaft in Weinheim. Proturist Ludwig Habicht und Rechtsanwält Dr. Hermann Hermann in Weinheim wurden wiederholt als Vorstandsmitglieder bestellt.
 Weinheim, den 7. Dezember 1901.
 Gröb. Amtsgericht I.

P 83. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats Eisenbahnen.
 Am 1. Februar l. J. werden die im Heft 6 des Deutsch-Prinz Rheinbahn-Gütertarifs enthaltenen Frachttarife für den Verkehr mit Basel (Bad. Bahn) transit eine geringe Erhöhung erfahren, indem an ihrer Stelle neue Frachttarife zur Einführung kommen, die diejenigen für den Verkehr mit Basel (Reichsbahn) im Heft 1 des genannten Gütertarifs entsprechen.
 Weitere Auskunft erteilen die Stationen.
 Karlsruhe, den 18. Dezember 1901.
 Gröb. Generaldirektion.

Den geehrten Hausfrauen empfiehlt die **Holländische Kaffee-Brennerei** H. Disqué & Co., Mannheim ihre beliebte Marke **Elephanten-Kaffee.**
 Garantiert reiner, gebrannter **Bohnen-Kaffee** in Packeten à 1/2, 1/4, u. 1/8 Ro. mit Schutzmarke „Elephant“ versehen



f. Ceara: Mischung 1/2, Ro. M. 1.—
 f. Manila: " " " " 1.20
 f. Java: " " " " 1.40
 f. Westindisch: " " " " 1.60
 f. Menado: " " " " 1.70
 f. Bourbon: " " " " 1.80
 f. Mocca: " " " " 2.—
 Durch eigene, besondere Brennmart und sachverständige Mischungen:
Kräftiger, feiner Geschmack. Große Ersparnis.

Ferner: **Naturreichgebrannter Kaffee** in den bekannten vorzüglichen Mischungen und Packungen zu obigen Preisen.
Niederlagen in Karlsruhe:
 Lebensbedürfnis-Verein, sowie in sämtlichen Verkaufsstellen,
 C. Cartharius, Ede Adamentstrasse, Anton King, Ed. Westend- und Sofienstr. 66.
 Victor Werle, Kaiserstrasse, J. Müllie, Amalienstrasse 5, F. X. Rathgeb, Fr. Reich's Nachf., Postleferant.
 Carl Roth, Hofprocurie, Emil Röderer, Bähringerstrasse, S. Schütz, Marktgrabenstr. 7, A. van Venrooy, Sophienstrasse 45, Wih. Wiefner, Marienstr. 9.

Durlach: Ernst Mäusch.
Spöck: Carl Ruffel.
Mörsch: L. O. Knäbel.
Durmersheim: Ludwig Duff.
 P 200.10

Bürgerliche Rechtskreise.
 Bekanntmachung.
 P. 80. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wirts Wilhelm Kunzmann hier soll mit Genehmigung des Gröb. Amtsgerichts die Schlussverteilung erfolgen. Hierzu sind verfügbar 589 M. 41 Pf. und zu berücksichtigen 551 M. 76 Pf. Forderungen ohne Vorrecht.
 Karlsruhe, den 18. Dezember 1901.
 Franz Geuer, Konkursverwalter.

P 82. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Mit Wirkung vom 20. Dezember l. J., werden die Stationen Baiersbrom, Freudenstadt Stadthbf., Friedrichsthal i. Württ. und Klosterreichenbach in den Mannheim z. — württembg. Gütertarif einbezogen.
 Karlsruhe, den 17. Dezember 1901.
 Generaldirektion.

P 78. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
 Am 1. Januar 1902 wird die Station Pilsen der l. J. Staatsbahnen mit den für Tremschna gültigen Frachttarifen für Porzellanerde (Kaolin, China-Kay), auch geschlossen zur Ausfuhr aus Oesterreich in den Ausnahmestufe Nr. 33 Abtheilung IV des Heftes 7 für den süddeutsch-österreichischen Gütertarif Verband aufgenommen.
 Karlsruhe, den 17. Dezember 1901.
 Gröb. Generaldirektion.

P 77. Karlsruhe.

Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.
 Mit Gültigkeit vom 1. Januar 1902 wird im Tarifheft 8 (Verkehr Baden-Pfalz) ein ermäßigter Frachttarif für Petroleum und Naphta von Ludwigshafen a. Rh. nach Wimmernhausen-Reutrad eingeführt.
 Karlsruhe, den 16. Dezember 1901.
 Namens der beteiligten Verwaltungen: Gröb. Generaldirektion der badischen Staats-Eisenbahnen.